



DANIEL LEDE ABAL



NEWSLETTER # 01.2015

13. Januar 2015

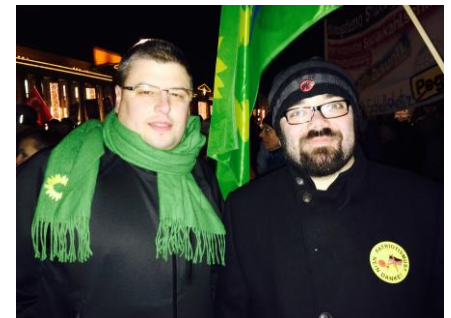
INHALT

Seite 1: Landtagswahl 2016 • Seite 3: es gibt noch viel zu tun • Seite 3: Je suis Charlie • Seite 4: Hochschulpolitik • Seite 5: Termine 2015 • Seite 6: Splitter

LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE,

Wenn euch dieser Rundbrief zugeht, trifft sich die Grüne Landtagsfraktion bereits zur Auftaktklausur in Wiesloch. Mit dem Anschlag auf das Magazin „Charlie Hebdo“ in Paris sind wir bereits mitten in einer Terrorismus- und Integrationsdebatte. Es wird auch ganz besonders auf die grünen Stimmen ankommen, dass wir Freiheit, Demokratie und Menschenrechte ebenso verteidigen, wie das friedliche Zusammenleben der Kulturen und Religionen. Die CDU kürt am Monatsende offiziell ihren Spitzenkandidaten zur Landtagswahl 2016 und ab dann werden wir uns auf Wahlkampf einstellen müssen. Wir werden zeigen müssen, dass wir Baden-Württemberg weiter regieren wollen. Darauf arbeiten wir mit Eurer Unterstützung hin.

Herzliche Grüße
Daniel Lede Abal



Zwei frierende Tübinger bei "Flüchtlinge sind willkommen! Gemeinsam gegen Pegida, Rassismus & Hetze" am 5. Januar in Stuttgart

Landtagswahl 2016

Ja, ich will!

Liebe Freundinnen und Freunde,

ja, ich will: Mich wieder bei Euch um die Nominierung des Kreisverbandes Tübingen als Kandidat für die Landtagswahl 2016 bewerben. Dafür bitte ich Euch um euer Vertrauen.

Ich hatte mir vorgenommen, über die Weihnachtszeit in Ruhe nachzudenken – auch über die Wirren um die NSU-Enquete im Oktober, die immerhin zu einem Untersuchungsausschuss geführt haben, um den wir auf Landesebene lange vergeblich gekämpft hatten. Aber darum alleine ging es nicht. Was ich in den vergangenen fast vier Jahren in Stuttgart und für die Region Tübingen erreicht habe und wie es weitergehen soll, stand für mich im Mittelpunkt. Mein Entschluss nach den Feiertagen ist klar: Ich will weiter mit Leidenschaft grüne Ideen im Kreis Tübingen und im Landtag voranbringen.

Ich bin in der Fraktion Vorsitzender des Arbeitskreises für Integration und Flüchtlinge – und damit verantwortlich für ein wichtiges Thema unserer Zeit. Grün-Rot hat nach Jahren des Stillstands in der Asylpolitik sehr viel bewegt: Wir haben die Residenzpflicht abgeschafft, Flüchtlinge können sich nun im ganzen Land frei bewegen und Freundinnen und Freunde oder Verwandte besuchen. Sie bekommen jetzt für Essen und Kleidung Geld – statt Sachleistungen. So können etwa kulturell und religiös bestimmte Essgewohnheiten besser berücksichtigt werden. Wir haben die Mittel für die Flüchtlingsunterbringung deutlich erhöht und richten weitere Landeserstaufnahmestellen ein. Flüchtlinge können nun zum ersten Mal in Baden-Württemberg Sprachförderung in Anspruch nehmen. Und sie können in Zukunft leichter eine Arbeit aufnehmen.

Diese Arbeit ist jedoch nach dieser Legislaturperiode noch lange nicht beendet. Menschen werden auch morgen vor Kriegen oder Verfolgung fliehen und dabei auch nach Baden-Württemberg kommen. Ich will mich auch künftig jeden Tag dafür einsetzen, dass wir diesen Menschen nicht nur ein Dach über dem Kopf und eine Essensration geben, sondern dass wir ihnen auch eine echte Perspektive aufzeigen. Zudem wird Tübingen möglicherweise Standort für eine neue Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge. Was das bedeutet, haben wir mit kompetenten Gästen bei einer Veranstaltung diskutiert. Ich möchte dieses Projekt gerne auch in Zukunft intensiv begleiten. Dabei prägen nicht nur mein Herzensthema Asyl- und Integrationspolitik meine politische Arbeit: Im Ständigen Ausschuss beschäftige ich mich für die grüne Fraktion nicht nur mit der Justiz des Landes, ich vertrete die grüne Fraktion in der interfraktionellen Arbeitsgruppe zur Reform des Verfassungsschutzes in Baden-Württemberg. Im Wissenschaftsausschuss bin ich für die Reform der Lehramtsstudiengänge und des Studierendenwerkesgesetzes zuständig – beides sind für Tübingen wichtige Fragen. Mein Blick geht allerdings über meine Kernfelder hinaus: Andere Themen, wie die für Tübingen wichtige Frage der Krankenhausfinanzierung oder die Verstrickungen des NSU Terror-Trios habe ich bei Veranstaltungen thematisiert.

Im Landkreis Tübingen haben wir grün-rote Bildungspolitik dank der Kommunen strukturell schon so weit vorangetrieben, wie wohl in keinem zweiten Stadt- oder Landkreis. Gute Rahmenbedingungen auf Landesebene gepaart mit grünem Engagement vor Ort bringen unsere Region sichtbar voran. Auch wenn dafür manchmal Druck auf das Kultusministerium nötig war, beispielsweise als es um die Schülerstromlenkung bei Tübinger Gemeinschaftsschulen ging. Ich bin froh, dass sich unser Einsatz auf Landesebene, wie auch vor Ort ausgezahlt hat. Auch in der Bildung gibt es nach wie vor Baustellen, beispielsweise bei der Inklusion und bei der Gemeinschaftsschuloberstufe. Diese Themen möchte ich auch künftig als Euer Abgeordneter zusammen mit Euch engagiert angehen.

Nach wie vor stehen unsere regionalen Verkehrsprojekte auf der Agenda: die Regionalstadtbahn Neckaralb und der anstehende Ausbau der Bundesstraßen. Hier geht mein Blick vor allem auf die nach wie vor problematische Planung im Neckartal. Wenn wir diese Verkehrsprobleme lösen können und über Förderung für den ländlichen Raum auch die Kreisgemeinden weiter entwickeln, werden wir auch in Zukunft in Tübingen und der Region ein Beispiel für nachhaltige und grüne Politik sein.

Weil Ihr mich nominiert habt, konnte ich mich mit aller Energie bei der Erneuerung von Baden-Württemberg durch Grün-Rot einbringen. Diese Energie will ich weiter zur Verfügung stellen. Natürlich hat nicht immer alles perfekt funktioniert oder auf Anhieb geklappt. Den Wechsel von Jan Marczona aus meinem Büro in Stuttgart ins Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz werde ich deshalb für eine Neuorganisation nutzen. Mit Nele Schönau, Stella Tauber und Annika Bohn habe ich eine neue Aufgabenverteilung entwickelt, die vor allem die Wahlkreisarbeit auf eine neue Basis setzt. Damit soll meine Arbeit und die der grün-roten Koalition im Wahlkreis künftig noch sichtbarer werde. Wir werden auch weiterhin für Eure Fragen da sein und uns um die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger kümmern.

Denn ich bin der Region Tübingen sehr verbunden: Ich wohne seit 1996 in Tübingen und bin hier im Kreisverband nach einer kurzen „Schnupperphase“ gleich 1998 eingetreten. Wir haben gemeinsam in diesen Jahren viel erlebt als Regierungspartei und Opposition, auch bei den grünen Debatten in der Partei. In Tübingen haben wir diese Debatten immer fair und offen geführt, und unsere Partei auf der Landesebene hätte einige Male besser so diskutiert, wie wir das hier getan haben. Insofern fühle ich mich, nach inzwischen doch schon siebzehn Jahren, als ein fester Teil dieses ganz besonderen Kreisverbandes, den ich mit Eurer Unterstützung auch weiter gerne im Landtag vertreten möchte. Dafür bitte ich Euch um Euer Vertrauen und Eure Unterstützung.

Herzliche Grüße
Daniel Lede Abal

Es gibt noch viel zu tun

Wir starten mit... ..Flüchtlingspolitik

Die erste Veranstaltung der grünen Landtagsfraktion im neuen Jahr hat bereits stattgefunden, wenn Ihr diese Zeilen lest.

Die Fraktion widmet sich bereits am 9. Januar der Flüchtlingspolitik: Wir uns mit Verbänden, Trägern und verschiedenen staatlichen Akteuren um weiter an der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen zu arbeiten. In Zusammenarbeit mit den Bleiberechtsnetzwerken, der BW Stiftung und anderen wollen wir ein System der Sprachförderung und Qualifizierung erarbeiten, damit Arbeit für Flüchtlinge nicht nur eine Parole bleibt, sondern wirklich vermittelt wird. Weitere Änderungen streben wir auf der gesetzlichen Ebene bei Unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UMF) und auf der Verordnungsebene bei der Arbeitsaufnahme und aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen an. Weitere Gesetzesänderungen aber werden folgen müssen, etwa bei den Bestimmungen der SGB. Im Frühjahr will die Fraktion einen flüchtlingspolitischen Kongress organisieren, weitere Informationen dazu in Kürze.

Je suis Charlie

Die Abgeordnetenspalte am 9. Januar 2015 im Schwäbischen Tagblatt habe ich für eine Stellungnahme zum Mordanschlag auf die Redaktion des Charlie Hebdo“ in Paris genutzt

Eine der bekanntesten Zeichnungen des Satiremagazins „Charlie Hebdo“ zeigt einen über seine radikalen Anhänger verzweifelten Propheten Mohammed unter der Überschrift „C’est dur d’être aimé par des cons“ – Es ist schwer, von Idioten geliebt zu werden“. Mit dem Anschlag auf die Redaktion des Magazins muss diese Verzweiflung größer geworden sein, denn 12 Menschen sind ermordet worden, weitere sind lebensgefährlich verletzt. „Charlie Hebdo“ ist seit vielen Jahren in Frankreich verhasst und gefürchtet für seine schonungslose Kritik der Religion, aller Religionen. Diese Kritik mag man teilen oder nicht, sie mag an manchen Stellen auch geschmacklos gewesen sein – sie steht für Meinungsfreiheit. Und deshalb waren der Brandanschlag auf die Redaktion in Paris 2011, die Drohungen über viele Jahre und jetzt der tödliche Anschlag eine Attacke auf Meinungsfreiheit und Demokratie. Uns alle eint das Entsetzen über diese Morde. Dieser Anschlag ist ein schwerer Schlag gegen uns alle – weil eine freie und offene Gesellschaft angreifbar und verletzbar ist. Er ist ein schwerer Schlag, aber er erinnert uns daran, dass es unversöhnliche Feinde der Demokratie und der Meinungsfreiheit gibt und dass diese Werte nicht selbstverständlich sind, sondern verteidigt werden müssen. In den Netzwerken solidarisieren sich Menschen mit dem Satz „Je suis Charlie – Ich bin Charlie“ in weißer Schrift vor schwarzem Hintergrund. Die Redaktion hat auf die sehr eigene Weise reagiert und verschiedene Versionen dieses Satzes auf die eigene Homepage gestellt, auch in arabischer Sprache. Denn eines war für „Charlie Hebdo“ auch immer klar: Die Kritik gilt allen Religionen und auf keinen Fall wollte sich die Redaktion vor den Karren islamophober oder xenophober Kampagnen spannen lassen. Ganz ausdrücklich hat sich das Magazin immer als linksorientiert und antirassistisch verstanden und sich gegen jede Vereinnahmung verwahrt. Es liegt jetzt an uns dagegen zu kämpfen, dass rechte Hetzer die Ängste der Menschen ausnutzen und von diesen Attentaten profitieren. Dabei geht es um die Frage, ob die freie Meinungsäußerung, nicht die Schmähung und Beleidigung, weiter möglich ist. Aber auch um die Frage, ob wir Menschen ungeachtet des Glaubens, der Herkunft, des Geschlechtes oder der sexuellen Orientierung die gleichen Rechte zusprechen. Denn das macht unsere offene Gesellschaft aus.

Hochschulpolitik

Perspektive 2020 bringt den Hochschulen zusätzliche Mittel und Sicherheit

Am 9. Januar haben die Landesregierung und die baden-württembergischen Hochschulen in Stuttgart den neuen Hochschulfinanzierungsvertrag „Perspektive 2020“ unterzeichnet, mit Laufzeit bis zum 31. Dezember 2020. Nach zwei Solidarpakten, die in der Praxis Sparpakete waren und massive Einschnitte für die Hochschulen gebracht haben, garantiert Grün-Rot allen Hochschulen jetzt nicht nur Finanzsicherheit bis 2020, sondern sogar einen Aufwuchs der Grundfinanzierung! Das sichert die Perspektiven für unsere Hochschulen im Kreis. Ich habe die Sparrunden des ersten Solidarpaktes selbst noch als Studierendenvertreter an der Uni Tübingen erlebt, es ist wichtig, dass es endlich ein Signal in die andere Richtung gibt. Dabei haben nicht nur die Streichungen an sich manche Institute an den Rand der Funktionsfähigkeit gebracht, denn anstatt der Planungssicherheit gab es während laufender Solidarpakte entgegen der Zusagen zusätzliche Einsparauflagen.

Einen besonderen Schwerpunkt setzt „Perspektive 2020“ auf gute Arbeit an den Hochschulen. Bisher sind die Arbeitsverhältnisse an den Hochschulen oft kurzfristig und unsicher. Aber nur mit guter Arbeit sind gute Lehre und gute Forschung möglich. Mit der Umwandlung von temporären Programmmitteln und Qualitätssicherungsmitteln in Grundfinanzierung können die Hochschulen in Zukunft dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse einrichten.

Gleichzeitig haben die Hochschulen sich im Vertrag selbst verpflichtet haben, ‚gute Arbeit‘ für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umzusetzen. Konkret bedeutet das in Tübingen, dass Stellen für Daueraufgaben unbefristet besetzt werden können und dass dort, wo Befristungen begründet sind, Verträge eine Laufzeit von mindestens zwei Jahren haben können. Es ist Sache der Hochschulen, das umzusetzen.

Baden-Württemberg ist das erste Bundesland, das seinen Hochschulen bis 2020 einen verlässlichen Grundfinanzierungsaufwuchs bietet. Ein Grund dafür sind die Rekordstudierendenzahlen. An der Universität Tübingen gab es im letzten Jahr rund 28.500 Studierende, an der Forsthochschule Rottenburg etwa 1.000 Studierende. Wir sind ein hervorragender Wissenschaftsstandort und gehen davon aus, dass sich auch in Zukunft viele junge Menschen für ein Studium an der Universität Tübingen und in Rottenburg bewerben werden. Deswegen ist es wichtig, dass die Hochschulen zugesagt haben, keine Studienplätze abzubauen.

Ändern wird sich die bisherige Verwendung der sogenannten Qualitätssicherungsmittel (QSM), die den Hochschulen als Kompensation für Studiengebühren zur Verfügung gestellt wurde. Leider konnten oftmals wegen Konflikten zwischen Studierenden und Hochschulleitung diese Gelder nicht immer auch ausgegeben werden. Mit dem neuen Budget werden klar definierte Handlungsmöglichkeiten für Studierende geschaffen. Es war wichtig, dass die Verwendung der Gelder nicht blockiert wird. Es ist bedauerlich, dass das neue Modell auch dort Mitwirkungsrechte einschränkt, wo es hervorragend funktioniert hat, beispielsweise in der Medizinischen Fakultät in Tübingen. Aber landesweit gab es zu viele Probleme, so dass eine Umstellung nicht zu verhindern war.

Neu im Vergleich zu den Solidarpakten ist im Hochschulfinanzierungsvertrag auch die Einbeziehung des Hochschulbaus. Hier gibt es landesweit jedes Jahr 100 Millionen Euro mehr für den Abbau des Sanierungsstaus. Dazu kommen jährlich 54 Mio. € zusätzlich für Energiekosten, die den steigenden Energiepreisen angepasst werden. Und die grün rote Landesregierung stellt zusätzliche 20 Mio. € für die Sonderbedarfe der Hochschulmedizin zur Verfügung.

<http://mwk.baden-wuerttemberg.de/de/hochschulen-studium/hochschulfinanzierung/>

Termine 2015 :

Europäische Gespräche - TTIP: Freiheit für den Handel - Schranken für die Bürger?

Montag, 26.01.2015 18:30 - 20:30 Uhr

Literaturhaus Stuttgart, Breitscheidstraße 4, 70174 Stuttgart

Eine Veranstaltung der Landtagsfraktion und der Europagruppe Grüne

www.gruene-landtag-bw.de/termine/termin/veranstaltung/europaeische-gespraechе-ttip-freiheit-fuer-den-handel-schranken-fuer-die-buerger.html

Frauengesundheitskonferenz

Samstag, 31.01.2015 10:30 - 17:00 Uhr

Kunstgebäude, Plenarsaal, Am Schlossplatz 2, 70173 Stuttgart

Eine Veranstaltung der Fraktion GRÜNE Landtag BW

<http://www.gruene-landtag-bw.de/termine/termin/veranstaltung/frauengesundheitskonferenz.html>

Politischer Aschermittwoch

Mit Winfried Kretschmann, Cem Özdemir, Agnieszka Brugger und Alex Bonde

Mittwoch, 14.02.2015, 11:00 - 13:00 Uhr

Stadthalle Biberach

http://www.gruene-bw.de/service/termine/singleview/calendar/2015/02/18/event/tx_cal_phpicalendar/19_politischer_ascher_mittwoch_in_biberach/

Regionalkonferenzen zur Programmdebatte (zur LTW 2016)

21.03.2015 10.30 - 16.30 Stadthalle Sigmaringen

http://www.gruene-bw.de/service/termine/singleview/calendar/2015/03/21/event/tx_cal_phpicalendar/zukunftsforum_zur_programmdebatte/

28.03.2015 10.30 - 16.30 Technopark Bruchsal

http://www.gruene-bw.de/service/termine/singleview/calendar/2015/03/28/event/tx_cal_phpicalendar/zukunftsforum_zur_programmdebatte-1/

18.04.2015 10.30 - 16.30 Tagungszentrum Hohenheim Stuttgart

http://www.gruene-bw.de/service/termine/singleview/calendar/2015/04/18/event/tx_cal_phpicalendar/zukunftsforum_zur_programmdebatte-2/

25.04.2015 10.30 - 16.30 Messe Offenburg

http://www.gruene-bw.de/service/termine/singleview/calendar/2015/04/25/event/tx_cal_phpicalendar/zukunftsforum_zur_programmdebatte-3/

Kommunalpolitischer Kongress

20.06.2015 Weitere Informationen folgen

LDK - Landesdelegiertenkonferenz

10.10.2015 11.00 – 20.00 Uhr CongressCentrum Pforzheim

http://www.gruene-bw.de/service/termine/singleview/calendar/2015/10/10/event/tx_cal_phpicalendar/landesdelegiertenkonferenz-1/

BDK – Bundesdelegiertenkonferenz

20. – 22.11.2015 Halle / Sachsen-Anhalt

Weitere Informationen folgen

LDK – Landesdelegiertenkonferenz

12. – 13. 12. 2015 Reutlingen

Weitere Informationen folgen

Splitter 1

Frauengrün 2014 – Der frauenpolitische Jahresrückblick

...Kampagne „Natürliche Geburt“, Frauenpolitisches im Landeshochschulgesetz, die Bundesratsinitiative zur Stärkung der Hebammen, Traumaambulanzen für Gewaltopfer, Kinderbetreuung und Ganztageschule, unser Fraktionsantrag zum Thema Menschenhandel, Infobroschüre zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, Flüchtlingssonderkontingent Frauen und Mädchen, das baden-württembergische Rechtssystem bei Vergewaltigungsdelikten, die Frage, wie wir mit dem Prostitutionsgesetz umgehen, Frauen im öffentlichen Dienst und im Landtag, Landesaktionsplan gegen Gewalt an Frauen...

Das alles sind frauenpolitische Themen des vergangenen Jahres 2014. Oder anders formuliert: Die Arbeit unserer frauenpolitischen Sprecherin Charlotte Schneidewind-Hartnagel und der Parlamentarischen Beraterin Tanja Urban kurz und bündig zusammengefasst und mit weiterführenden Links versehen im Jahresrückblick 2014:

<http://www.charlotte-schneidewind.de/wp-content/uploads/2014/08/FrauenGruen-2014.pdf>

Splitter 2

Kennzeichnungspflicht kommt

In den Koalitionsvertrag haben wir sie hineinverhandelt, viel wurde darüber geschrieben, lange hat der Innenminister sich geziert, jetzt kommt sie endlich:

Auch in Baden-Württemberg werden Polizeibeamte bei Großeinsätzen individuelle, aber anonymisierte Kennungen tragen. Erfahrungen aus anderen Bundesländern zeigen bereits jetzt: Die vorgeschobenen Gründe der Ablehnung sind nicht haltbar, vielmehr äußern sich Polizeibeamte positiv darüber.

www.gruene-landtag-bw.de/themen/innenpolitik/gruene-fuer-anonymisierte-kennzeichnung-bei-polizeilichen-grosseinsatzen.html

Splitter 3

Online-Portal zum Forschungsprojekt „Geschichte der Landesministerien in Baden und Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus“ gestartet

Ein neues Online-Portal unterstützt das Forschungsprojekts „Geschichte der Landesministerien in Baden und Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus“. Das in der Öffentlichkeit vorhandene Interesse an der Erforschung der NS-Geschichte der Landesministerien soll so projektbegleitend aktiviert werden und gezielt in den wissenschaftlichen Arbeitsprozess einbezogen werden. Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst und die Baden-Württemberg Stiftung fördern diese wichtige Aufarbeitung der Landesgeschichte

<http://ns-ministerien-bw.de/>

<http://mwk.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse-und-oeffentlichkeitsarbeit/pressemitteilung/pid/online-portal-zum-forschungsprojekt-geschichte-der-landesministerien-in-baden-und-wuerttemberg-in/>



Daniel Lede Abal, MdL
V.i.S.d.P

im Wahlkreisbüro: Nele Schönau

Am Lustnauer Tor 6 • 72074 Tübingen • Tel.: 07071/8895123 • Fax: 07071/8895131 • ledeabal.wk@gruene.landtag-bw.de

im Landtag: Jan Marczona

Konrad-Adenauer-Str.12 • 70173 Stuttgart • Tel.: 0711/2063-652 • Fax: 0711/2063-652 • daniel.ledeabal@gruene.landtag-bw.de

im Netz: www.ledeabal.de